

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

GUTE ARBEIT FÜR ALLE!



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung: in leichter Sprache	3
1. Einleitung	5
2. Arbeit heute	8
2.1 Globale Trends und strukturelle Veränderungen	8
2.2 Situation in der Schweiz	14
3. Gute Arbeit für alle! Positionen und Forderungen der SP Schweiz	19
3.1 Das Erreichte verteidigen: Arbeitsbedingungen schützen.....	20
3.2 Faire Löhne und starke Gewerkschaften.....	20
3.3 Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie.....	22
3.4 Arbeitszeit verkürzen, Arbeit gerecht verteilen.....	23
3.5 Sorgearbeit anerkennen – Gleichstellung jetzt!.....	23
3.6 Weiterbildung und Umschulung als Recht.....	24
3.7 Neue Arbeitsformen regulieren.....	25
3.8 Inklusion: Gute Arbeit wirklich für alle.....	26
3.9 Altersvorsorge und Abbau repressiver Massnahmen.....	27
3.10 Soziale Globalisierung: Menschenwürdige Arbeit in der Welt.....	27
3.11 Öffentliche Investitionen für gute Arbeit.....	28
4. Fazit	29

ZUSAMMENFASSUNG: IN LEICHTER SPRACHE

Worum geht es?

Die Schweiz ist ein reiches Land. Aber viele Menschen spüren davon wenig. Sie arbeiten hart und trotzdem reicht das Geld kaum. Die Mieten steigen. Die Krankenkassen-Prämien steigen. Die Löhne steigen kaum.

Gleichzeitig geht es den Reichsten in der Schweiz immer besser. Ihr Vermögen wächst und wächst.

Das ist kein Zufall. Das ist das Ergebnis von politischen Entscheidungen. Und politische Entscheidungen kann man ändern.

Was läuft heute schief?

- **Löhne bleiben stehen, Mieten und Prämien steigen.** Viele Menschen haben am Ende des Monats weniger Geld übrig als früher.
- **Viele Arbeitsplätze sind unsicher.** Menschen arbeiten auf Abruf, in Teilzeit ohne dass sie das wollen, oder als Scheinselbstständige – zum Beispiel bei Essens-Lieferdiensten.
- **Computer-Programme kontrollieren die Arbeit.** Zum Beispiel bei Paketzusteller:innen: Ein Algorithmus sagt, welches Paket zuerst geliefert wird und wie viele Sekunden dafür Zeit bleibt. Das Wissen und die Erfahrung der Angestellten zählen nicht mehr.
- **Sorge-Arbeit wird nicht bezahlt.** Wer Kinder betreut oder Angehörige pflegt, arbeitet auch – bekommt dafür aber meist keinen Lohn. Das machen vor allem Frauen.
- **Frauen verdienen bis heute weniger** als Männer für die gleiche Arbeit.
- **Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Migrant:innen** haben es besonders schwer, eine gute Stelle zu finden.

Was fordert die SP?

Faire Löhne. Löhne müssen zum Leben reichen. Dafür braucht es starke Gewerkschaften und mehr Gesamtarbeitsverträge (GAV).

Mitreden am Arbeitsplatz. Angestellte sollen mitbestimmen können, wie ihr Betrieb geführt wird – nicht nur die Chefs entscheiden.

Weniger arbeiten, mehr Zeit haben. Die Arbeitswoche soll schrittweise kürzer werden – zuerst auf 40, dann auf 35 Stunden. Bei gleichem Lohn.

Sorge-Arbeit anerkennen. Wer Kinder betreut oder Angehörige pflegt, darf dafür nicht bei der Rente bestraft werden. Kitas müssen bezahlbar sein.

Recht auf Weiterbildung. Jede und jeder soll sich weiterbilden können – unabhängig vom Lohn oder vom Arbeitgeber.

Neue Arbeitsformen regeln. Auch wer über eine App arbeitet, braucht Kündigungsschutz, Sozialversicherung und faire Regeln.

Inklusion ernst nehmen. Menschen mit Behinderung gehören in normale Betriebe, nicht in Sonderwerkstätten.

Eine bessere Arbeitslosenversicherung. Sanktionen und Druck sollen abgebaut werden. Stattdessen soll die Versicherung Menschen wirklich helfen, wieder gute Arbeit zu finden.

Faire Arbeit weltweit. Schweizer Firmen sollen auch im Ausland für gute Arbeitsbedingungen sorgen – zum Beispiel mit einem Lieferketten-Gesetz.

Der Staat soll investieren. In Bildung, Pflege, Wohnungen und saubere Energie. Das schafft gute Arbeitsplätze für alle.

Warum ist das wichtig?

Gute Arbeitsbedingungen sind nicht vom Himmel gefallen. Sie wurden erkämpft: der 8-Stunden-Tag, die AHV, bezahlter Urlaub, Kündigungsschutz. Nichts davon war ein Geschenk.

Die SP will diese Errungenschaften verteidigen – und weiterentwickeln. Gute Arbeit für alle ist möglich. Aber nur, wenn wir dafür kämpfen.

1. EINLEITUNG

Arbeit ist mehr als Broterwerb. Sie gibt dem Tag Struktur, sie ist der Ort, an dem wir gebraucht werden, andere Menschen treffen und zur Gesellschaft beitragen. Ohne die Arbeit von Millionen von Menschen gäbe es keine Spitäler, keine vollen Gestelle im Laden, keine Kinder, die betreut sind, während ihre Eltern arbeiten.

Aber wie Arbeit organisiert ist, fällt nicht vom Himmel. Wer als Pflegefachfrau, Paketzusteller oder Verkäuferin arbeitet, verkauft nicht einfach seine Zeit, er oder sie fügt sich Regeln, die andere gemacht haben: der Schichtplanung, die keine Rücksicht auf die Kinderbetreuung nimmt, dem Algorithmus, der die Sekunden pro Kundenkontakt zählt, dem Lohn, der so hoch ist, wie der Wettbewerb es zulässt, nicht, wie die Arbeit es wert wäre. Das ist keine Laune des Marktes, sondern das Ergebnis davon, wie Macht, Reichtum und Einfluss in dieser Gesellschaft verteilt sind. Und weil das so ist, lässt es sich auch politisch verändern.

Im Kapitalismus ist Arbeit deshalb immer zweierlei: die Chance, das eigene Leben selbst zu finanzieren und sich zu entfalten, aber auch das Risiko, den Bedingungen des Marktes und den Interessen des Kapitals ausgeliefert zu sein. Sie kann Sinn und Würde geben. Sie kann auch erschöpfen und krank machen.¹

Arbeit bedeutet für die meisten Menschen weit mehr als ein Mittel zur Einkommenserzielung. Sie gibt dem Tag Struktur, vermittelt sozialen Status, schafft Kontakte und stiftet Sinn. Wer arbeitet, ist Teil von etwas: einer Gemeinschaft, einem Betrieb, einem gesellschaftlichen Ganzen.² Das erklärt, warum der Verlust der Arbeit so tief trifft, nicht nur weil das Einkommen wegfällt, sondern weil mit ihm Identität, Zugehörigkeit und das Gefühl, gebraucht zu werden, verloren gehen. Erwerbslosigkeit hinterlässt Spuren, die weit über das Finanzielle hinausgehen, in der psychischen Gesundheit, in sozialen Beziehungen, im Selbstbild.

Aber die Forschung zeigt auch die andere Seite dieses Zusammenhangs, die in der politischen Debatte zu selten benannt wird: Schlechte Arbeit schadet dem Wohlbefinden mindestens ebenso stark wie keine Arbeit.³ Menschen in belastenden, sinnentleerten oder schlecht entlohnenden Arbeitsverhältnissen weisen ähnlich niedrige Lebensqualität auf wie Erwerbslose. Das bedeutet: Nicht Arbeit an sich ist das Ziel – sondern **gute Arbeit**. Und der Unterschied zwischen guter und schlechter Arbeit ist nicht marginal. Er entscheidet darüber, ob Arbeit befreit oder gefangen hält, ob sie Würde verleiht oder entzieht, ob sie Menschen stark macht oder krank.

Gerade weil Arbeit so zentral für das menschliche Selbstverständnis und Wohlbefinden ist, darf sie nicht dem blossen Marktgeschehen überlassen werden. Weil Arbeit für uns so viel bedeutet, muss sie gut sein. Eine Wirtschaftspolitik, die nur Beschäftigungsquoten misst und dabei die Qualität der Arbeit ignoriert, misst am falschen Massstab. Die entscheidende Frage

¹ Vgl. Suppa, Nicolai, Unemployment and subjective well-being, GLO Discussion Paper, Essen 760/2021.
<https://www.econstor.eu/bitstream/10419/228706/1/GLO-DP-0760.pdf>

² Ebd.

³ Ebd.

ist nicht, ob jemand irgendwie beschäftigt ist. Die entscheidende Frage ist, **ob diese Arbeit ein gutes, sicheres und würdevolles Leben ermöglicht.**

Der Kapitalismus hat eine klare Antwort darauf gegeben, wie diese Arbeit organisiert wird: Wer keine eigene Firma, keine Aktien und kein Vermögen hat, von dem er leben kann, muss **seine Arbeitskraft verkaufen**, ob als Verkäuferin, als Bauarbeiter, als Software-Entwicklerin. Das ist für die meisten Menschen die Normalität.

Aber Lohnarbeit ist nicht die ganze Geschichte. Es gibt auch Arbeit, die gar nicht erst entlohnt wird oder ganz ohne Schutz stattfindet: von der historischen Sklaverei bis zu Sans-Papiers, die in Privathaushalten oder auf dem Bau arbeiten, ohne sich je bei einer Behörde oder einem Gericht wehren zu können. Und es gibt die **unbezahlte Sorgearbeit** – Kinder grossziehen, Angehörige pflegen, den Haushalt am Laufen halten –, die überwiegend Frauen leisten und ohne die unsere Wirtschaft von einem Tag auf den anderen zusammenbrechen würde, die aber in keiner Erfolgsrechnung auftaucht. Wer von «guter Arbeit» spricht und dabei nur die Lohnarbeit im Blick hat, sieht deshalb nur einen Teil der Wirklichkeit. Wir wollen alle drei sehen und verändern.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Kampfes um gute Arbeit. Die Sozialdemokratie hat diesen Kampf geführt und historische Kompromisse errungen: Die vollständige Überwindung des Kapitalismus wurde zurückgestellt, dafür erkämpften Gewerkschaften und linke Parteien Mindestlöhne, Arbeitszeitbegrenzungen, Sozialversicherungen und demokratische Mitsprache. Diese Kompromisse waren zwar nie vollständig und nie für alle: Frauen, Migrant:innen und Menschen am Rand des Arbeitsmarkts waren oft ausgeschlossen oder nur unvollständig einbezogen. Aber sie haben das Leben von Millionen von Lohnabhängigen verbessert. Und sie haben gezeigt, dass gute Arbeit möglich ist, wenn sie politisch erkämpft wird.

Diese historischen Kompromisse werden heute in Frage gestellt. Zwar stehen wir in der Schweiz im internationalen Vergleich noch verhältnismässig gut da.⁴ Dank der flankierenden Massnahmen steigt der politische Einfluss der Gewerkschaften, die GAV-Abdeckung nimmt zu, die Reallöhne sind 2025 um 1.6 Prozent gestiegen. Aber auch hier zeigen sich die Fehlentwicklungen: Langfristig gesehen stagnieren die Reallöhne gerade bei den tiefen und mittleren Löhnen, während Kapitalerträge explodieren.⁵ Obwohl die Produktivität stetig steigt, nehmen Stress, Druck, Erschöpfung und Arbeitsverdichtung zu.⁶ Er kämpfte Schutzrechte werden durch neue Technologien ausgehöhlt, Lohnerhöhungen von steigenden

⁴ Nach Abzug der Teuerung steigen die Löhne der Arbeitnehmenden 2025 um 1.6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vgl. den Schweizer Lohnindex hier <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeitsmarkt/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohnindex.html/>. Auch die GAV-Abdeckung steigt wieder, wenn auch nur sehr langsam: <https://www.sgb.ch/themen/arbeitsmarkt/detail/die-gav-abdeckung-steigt-aber-nur-langsam>

⁵ Vgl. die Analyse zu den Lohnresultaten 2026 von Travail.Suisse: https://syna.ch/images/Medienmitteilungen/2025/lohnrunde-2026_hintergrund.pdf. Siehe auch den Verteilungsbericht 2024 und 2026 vom SGB: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/mk-cp/240429_Verteilung-Repartition/240429_Verteilungsbericht_2024.pdf. Die neusten Zahlen hier: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/dossiers/169d_f_Verteilungsbericht_2026.pdf

⁶ Vgl. die neuesten Zahlen bei <https://www.sgb.ch/themen/arbeitsmarkt/detail/wenn-arbeit-krank-macht-stress-druck-und-fehlende-grenzen-im-alltag-der-beschaeftigten>

Mieten und Krankenkassenprämien aufgeessen. Die gesellschaftlich unverzichtbare Sorge- und Pflegearbeit bleibt weiter ökonomisch unsichtbar. Die Diskriminierung der Frauen im Wirtschaftsleben ist auch 45 Jahre nach Annahme des Gleichstellungsartikels (1981) und 30 Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes (1996) nicht überwunden. Wenige Menschen besitzen immer grössere Teile des gesamtwirtschaftlichen Kuchens und nutzen diesen Reichtum, um politische Prozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Und als wäre das nicht genug, blasen SVP, FDP, Mitte und GLP jüngst zum politischen Angriff auf die Lohnabhängigen: Sie wollen Arbeitszeiten verlängern, die Sonntagsarbeit ausweiten, kantonale und kommunale Mindestlöhne aushebeln, die Finanzierung der 13. AHV-Rente torpedieren und die Pflege-Initiative ungenügend umsetzen. Gleichzeitig werden unter dem Deckmantel des Sparens öffentliche Leistungen abgebaut, während Vermögende weiterhin von Steuergeschenken und staatlichen Subventionen profitieren. Dieser Angriff folgt einer inneren Logik: Sparen dort, wo es die Schwächsten trifft und Grosszügigkeit dort, wo es Kapital und Rüstungsbranche nützt.

Die SP Schweiz stellt sich diesem Angriff entschieden entgegen. Dieses Positionspapier legt dar, wie wir die Arbeitswelt von morgen gestalten wollen: mit starken Löhnen, fairen Arbeitszeiten, demokratischer Mitbestimmung, der Anerkennung von Sorgearbeit und einer aktiven Investitionspolitik zugunsten der Allgemeinheit. Denn **gute Arbeit für alle ist möglich, wenn wir sie erkämpfen!**

Dabei geht es uns nicht darum, Arbeit um jeden Preis zu erhalten oder jeden Job als gleich wertvoll zu betrachten. Es geht uns darum, dass Erwerbsarbeit demokratisch organisiert wird, dass sie Löhne zum Leben bietet und dass sie **sinnhaft** ist, dass sie nicht der Zerstörung unserer natürlichen Grundlagen dient, nicht als sinnlose Pflichterfüllung erlebt wird und nicht die Menschen, die sie verrichten, krank macht. **Gute Arbeit für alle bedeutet: existenzsichernde Löhne, faire Arbeitszeiten, sichere Bedingungen, demokratische Mitbestimmung, Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit, Erwerbs- und Privatleben zu vereinbaren.**⁷ Sie bedeutet, dass die Früchte wirtschaftlicher Produktivität gerecht verteilt werden, sei es als Lohn, als Rente, als Zeit, als Würde. Und sie bedeutet, dass niemand zurückgelassen wird: nicht wegen Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung. Dieses Verständnis von guter Arbeit deckt sich mit dem international anerkannten Konzept der menschenwürdigen Arbeit («Decent Work») der Internationalen Arbeitsorganisation, das seit 2015 als eigenständiges Ziel (SDG 8) Teil der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist.⁸

⁷ Der Begriff der «guten Arbeit» orientiert sich am DGB-Index Gute Arbeit (<https://index-gute-arbeit.dgb.de>) sowie am Travail Suisse Barometer (<https://www.travailsuisse.ch/de/barometer>), die Arbeitsbedingungen, Einkommenssicherheit, Gesundheitsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten als Kerndimensionen definieren.

⁸ Vgl. hierzu Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Decent Work Agenda, Genf 1999 (erstmalig vorgestellt im Bericht des Generaldirektors Juan Somavia an die Internationale Arbeitskonferenz, 87. Tagung, Genf 1999). Siehe auch Vereinte Nationen, Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Resolution der Generalversammlung A/RES/70/1, New York 2015, Ziel 8 («Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum»).

2. ARBEIT HEUTE

Die folgenden Abschnitte zeichnen nach, wie sich die globale Arbeitswelt verändert hat und warum diese Veränderungen politisch beantwortet werden müssen. Wer gute Arbeit erkämpfen will, muss die strukturellen Kräfte verstehen, die sie bedrohen.

2.1 Globale Trends und strukturelle Veränderungen

Der Aufstieg des Finanzkapitalismus

Wirft man einen Blick auf die globalen Finanzmärkte, könnte man meinen, die Wirtschaft boome: Aktienwerte erreichen trotz Krieg, Energie- und Angebotsschocks neue Höhen. Risikokapital wird in KI gesteckt oder in Technologien für ein längeres Leben oder in alles andere, was als nächster grosser Trend erscheint. Die Finanznachrichten gleichen einer Achterbahn: steigende Kurse, Abstürze, Comebacks, neue Blasen. Es scheint immer rund zu gehen.

Im Gegensatz dazu haben die meisten Menschen das Gefühl, dass sich in ihrem Leben nur wenig bewegt.⁹ Die Reallöhne sind seit Jahren kaum gestiegen. Wohnraum wird, gerade in Ballungszentren, zunehmend unbezahlbar. Die Krankenkassenprämien fressen jeden Lohnzuwachs auf, bevor er im Portemonnaie ankommt. Für viele bietet der Arbeitsplatz weniger Sicherheit, weniger Sozialleistungen und mehr Ängste als früher.

Dieses Stillstandgefühl ist keine Illusion, aber seine Ursache liegt nicht darin, dass die Wirtschaft nicht oder zu wenig stark wächst.¹⁰ **Die Wirtschaft in den meisten Volkswirtschaften wächst, aber nur für wenige.** Das ist die eigentliche Diagnose unserer Zeit. Gewinne, die früher in Löhne, Produktionsanlagen und öffentliche Güter flossen, fliessen heute zunehmend in Finanzanlagen.¹¹ Spekulation, begünstigt durch die Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1980er Jahren, ist zum zentralen Bestandteil unseres Wirtschaftssystems geworden.¹²

War es früher die Aussicht auf höhere Renditen, die den Kapitalfluss in neue Industrien, bessere Ausrüstung und höhere Produktivität antrieb, setzen viele Anleger heute auf schnelle Kapitalgewinne. Ihre Strategie besteht nicht mehr darin, in etwas zu investieren, das einen Profit erwirtschaften wird, sondern Assets zu kaufen, deren Preis steigen könnte: Immobilien, Aktien, Unternehmen, Krypto-Token.¹³ Heute werden Wohnung weniger gekauft, um Miete einzunehmen, sondern um sie später teurer weiterzuverkaufen.¹⁴ Man finanziert

⁹ Vgl. Nachtwey, Oliver, Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt/Main 2016. Siehe auch: Rosa, Hartmut, Rasender Stillstand, Frankfurt/Main 2009.

¹⁰ Vgl. zum Konzept der «Secular Stagnation»: Brenner, Robert, The Economics of Global Turbulence, London 2006.

¹¹ Zum Prozess der Finanzialisierung: Heires/Nölke, Politische Ökonomie der Finanzialisierung, Frankfurt/Main 2014.

¹² Vgl. Benanav, Aaron, Speculation in the Age of No Growth, in: Jacobin Magazin, 2/2026.

¹³ Die Konsequenzen dieser Verschiebung analysieren: Braun, Benjamin und Christophers, Brett, Asset manager capitalism: An introduction to its political economy and economic geography, in: Environment and Planning (56/2) 2024, S. 546-557.

¹⁴ In der Schweiz zeigt sich ein differenzierteres Bild: Pensionskassen, Lebensversicherer und Anlagestiftungen halten Immobilien wegen des laufenden Ertrags – als Ersatz für die weggefallenen Obligationenrenditen

ein Unternehmen nicht mehr, weil es profitabel arbeitet und Gewinne erwirtschaftet, sondern weil man daraufsetzt, dass sein Marktwert explodiert.¹⁵

Mit dem Wandel von der Produktion zu Dienstleistungen wurde es schwieriger, Investitionen mit hohen, schnellen Renditen zu finden, reichlich Kapital traf auf zu wenige rentable Anlagen. Also wurde Wohnraum selbst zum Finanzwert, die Aktienmärkte boomten, während das Leben für die meisten härter wurde. Die Profite flossen an die Spitze, die Ungleichheit wuchs, die Kaufkraft schwand.

In diesem Umfeld wandten sich talentierte Menschen von der Wertschöpfung ab und der Vermögensverwaltung zu: Angehende Ingenieur:innen wurden Beraterinnen, Wissenschaftler:innen wechselten ins Private Equity Geschäft. Was der Anthropologe David Graeber «Bullshitjobs»¹⁶ nannte, ist auch eine Folge davon: Arbeit ohne gesellschaftlichen Mehrwert entsteht dort, wo Kapital lieber verschoben als produktiv investiert wird.

Vom Boom der Finanzmärkte der letzten Jahrzehnte – Stichwort: Vermögenspreisinflation – profitieren vor allem die Wohlhabenden, während die Risiken für die, die mehrheitlich oder ganz von ihrem Lohn leben müssen, stetig stiegen. So ist das Vermögen der Superreichen geradezu explodiert: 1987 entsprach der Reichtum der Milliardäre drei Prozent des weltweiten BIP, heute sind es vierzehn,¹⁷ mit erheblichen Folgen für die Nachhaltigkeit unserer demokratischen Institutionen: mit dem rasanten Wachstum des Vermögens einher geht eine Explosion von Macht und Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen, etwa, indem man Medien kauft.

Die Folge ist ein paradoxes Nebeneinander: Rekordgewinne und Rekordvermögen auf der einen Seite, stagnierende Reallöhne, explodierende Mieten und wachsende Unsicherheit auf der anderen. Das ist kein Versagen des Marktes, das wir hinnehmen müssen. Es ist das Ergebnis einer Politik, die Kapitalerträge systematisch begünstigt und Arbeitseinkommen belastet, die Finanzmärkte dereguliert und den Sozialstaat geschwächt hat.¹⁸

Das derzeitige Regime hinterlässt dabei enorme ungedeckte gesellschaftliche Bedürfnisse, im Wohnungswesen, in der Pflege, bei der Klimaresilienz, im *Service public*. In diesen Bereichen lässt sich vielleicht keine schnelle Rendite erzielen, aber sie sind die Grundlagen für unser Zusammenleben, für ein wirklich gutes Leben. Wenn sich Einkommen und Vermögen immer stärker oben konzentrieren, fehlt zudem schlicht die Kaufkraft in der Breite. Wer knapp bei Kasse ist, kann nicht konsumieren, nicht investieren, nicht planen. Das schwächt

–, weil sie auf planbare Cashflows für ihre Rentenverpflichtungen angewiesen sind. Der Bestand wird also eher aufgebaut und gehalten, anstatt veräußert.

¹⁵ Vgl. Christophers, Brett, *Our lives in their portfolios: Why asset managers own the world*. New York 2023.

¹⁶ Graeber, David, *Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*, Berlin 2019.

¹⁷ Vgl. Zucman, Gabriel, *A blueprint for a coordinated minimum effective taxation standard for ultra-high-net-worth individuals*, Bericht im Auftrag der brasilianischen G20-Präsidentschaft, Paris/Berkeley 2024.

¹⁸ Zur ungleichen Belastung von Kapital und Lohn Einkommen siehe u.a.: *Taxing Wages 2024* – OECD https://www.oecd.org/en/publications/2024/04/taxing-wages-2024_f869da31.html; *The taxation of labour vs. capital income* – OECD https://www.oecd.org/en/publications/the-taxation-of-labour-vs-capital-income_04f8d936-en.html. Thomas Piketty, *Rethinking capital and wealth taxation* –, <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettySaezZucman2023RKT.pdf> oder *Capital is Back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700-2010*, <https://gabriel-zucman.eu/files/PikettySaezZucman2022RKT.pdf>

nicht nur einzelne Haushalte, sondern die Gesamtwirtschaft. Umverteilung ist deshalb nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern der wirtschaftlichen Vernunft.

Dabei ist die Wirkung ungleich verteilter Kaufkraft keine abstrakte Grösse. Die Konsumquote – also der Anteil des Einkommens, der zeitnah ausgegeben wird – sinkt mit steigendem Einkommen. Wenn tiefe und mittlere Einkommen real sinken, wirkt sich das direkt auf das Konsumverhalten und damit auf die Gesamtwirtschaft aus. Bei hohem Einkommen ändert sich bei einem Einkommensverlust in erster Linie die Sparquote – volkswirtschaftlich kaum spürbar.

Was die heutige Wirtschaft daher vor allem (re-) produziert, sind Klassengegensätze: zwischen jenen, die hauptsächlich von Kapitalerträgen leben – aus Aktien, Immobilien, Erbschaften –, und jenen, die mehrheitlich von Lohnarbeit leben müssen.¹⁹ Für Letztere gilt: Der Markt allein schafft keine gute Arbeit.²⁰ Er schafft Arbeit, die gerade so viel kostet, wie der Wettbewerb erzwingt und die gerade so gut ist, wie es die Gegenmacht der Lohnempfänger:innen durchsetzen kann. **Ohne starke Gewerkschaften, ohne staatliche Schutzstandards und ohne demokratische Mitbestimmung tendiert Arbeit im Kapitalismus zur Prekarität.** Das ist keine Vermutung, es ist die historische Erfahrung, die zur Gründung der Sozialdemokratie geführt hat.

Automatisierung und algorithmische Kontrolle

Der Einsatz algorithmischer Systeme verändert nicht nur, welche Arbeit gemacht wird, sie verändert auch, wer die Arbeit kontrolliert und wessen Wissen zählt.²¹ Die verbreitete Vorstellung, Automatisierung bedeute vor allem den direkten Ersatz von Menschen durch Maschinen, greift dabei zu kurz. Die Entwicklung ist subtiler: Algorithmische Systeme und maschinelles Lernen werden eingesetzt, um Arbeitsprozesse zu überwachen, zu verdichten und zu kontrollieren. Das Wissen erfahrener Fachkräfte wird digitalisiert und damit dem Zugriff des Kapitals zugänglich gemacht, während die verbleibenden Tätigkeiten entwertet und fragmentiert werden.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Eine Paketzustellerin hat früher ihre Route selbst geplant. Sie kannte ihr Quartier, wusste, wo es am besten parkt, in welcher Reihenfolge sie am effizientesten zustellt. Dieses Wissen, akkumuliert über Jahre, verankert im Körper und im Gedächtnis, war ihre berufliche Kompetenz. Heute gibt in vielen Zustelldiensten ein Algorithmus vor, welches Paket in welcher Reihenfolge zuzustellen ist und wie viele Sekunden pro Stopp zur Verfügung stehen. Weichen Zusteller:innen ab – auch wenn sie wissen, dass ihre Lösung besser wäre –, registriert das System die Abweichung. Ihr Erfahrungswissen ist nicht verschwunden. Aber es zählt nicht mehr. Der Algorithmus hat es entwertet.

¹⁹ Vgl. Piketty, Thomas, *Capital et idéologie*, Paris 2019; Milanović, Branko, *Capitalism, Alone. The Future of the System That Rules the World*, Cambridge (MA) 2019. Siehe auch den jüngsten World Inequality Report hier: <https://wid.world/document/world-inequality-report-2026/>

²⁰ Das Interview findet sich hier: <https://www.srf.ch/news/schweiz/existenzsichernde-loehne-arbeitgeber-direktor-empfoert-mit-aussage>

²¹ Vgl. Benanav, Aaron, *Automation. The Future of Work*, New York 2020.

Der Techniksoziologe Simon Schaupp hat, was den Zusteller:innen widerfährt, als **«kybernetische Proletarisierung»** bezeichnet: Als schleichenden Prozess der Entwertung und De-Qualifizierung, der besonders Dienstleistungsberufe erfasst, in Logistik, Pflege, Verkauf, Gastgewerbe, Verwaltung.²² Das Wissen, das früher bei den Arbeitenden lag, wird in Daten verwandelt, in Systeme eingespeist und gegen die Arbeitenden selbst gewendet. De-Skilling ist dabei keine technologische Nebenfolge, sondern Teil einer unternehmerischen Strategie. Heute kontrolliert der Algorithmus, unsichtbar, allgegenwärtig und scheinbar objektiv.

Auch in klassischen Wissensberufen lässt sich diese Entwertung beobachten.²³ Übersetzer:innen etwa werden immer seltener dafür bezahlt, Texte als Ganzes zu übersetzen, sondern dafür, maschinell übersetzte Versionen zu überprüfen, zu korrigieren und zu verfeinern. Das so genannte «machine translation post-editing», kurz MTPE, führt zu einer Verdichtung und Entwertung von Arbeit: Übersetzer:innen müssen in immer kürzerer Zeit eine anspruchsvolle, repetitive Arbeit für weniger Geld verrichten, während das kreative Moment fast ganz verloren geht.

Die Forschung zu den Wirkungen algorithmischer Systeme offenbart dabei einen paradoxen Befund: Innerhalb von Berufsgruppen wirken sie tendenziell ausgleichend, Unterschiede zwischen verschiedenen Managementebenen innerhalb eines Unternehmens etwa werden durch den Einsatz von Chat-Bots und LLMs tendenziell kleiner. Aber zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen verschärfen sie sich. Es entsteht eine neue Spaltung: auf der einen Seite hochqualifizierte Arbeiter:innen, deren Produktivität durch algorithmische Systeme wächst (z.B. Software-Entwickler:innen); auf der anderen Seite Beschäftigte in Ausführungsberufen, deren Arbeit durch Algorithmen kontrolliert und entwertet wird. Wenn die Frage, in welchem Beruf man arbeitet, wichtiger wird als individuelle Leistung oder Qualifikation, werden klassische meritokratische Versprechen zur Farce.

Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob Algorithmen Jobs vernichten. Sie ist: **Wer kontrolliert die Algorithmen und wessen Interessen dienen sie?** Algorithmisches Management entzieht den Arbeitenden schrittweise jene Autonomie, die historisch hart erkämpft wurde. Die Plattformökonomie treibt das auf die Spitze: Autonomie wird versprochen – «Du bist dein eigener Chef» –, aber strukturell verweigert. Mitbestimmung über digitale Arbeitssysteme und Transparenz über algorithmische Entscheidungen sind deshalb keine technischen Detailfragen. Sie sind demokratische Grundforderungen.

Wenn Sorgearbeit an seine Grenzen stösst:

Die im vorangehenden Abschnitt beschriebene Machtverschiebung durch algorithmisches Management ist kein isoliertes Phänomen. Sie ist Teil einer umfassenderen Erosion jener Schutzstrukturen, die Lohnempfänger:innen historisch vor den Zumutungen des Marktes

²² Vgl. Schaupp, Simon, Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung, Berlin 2021.

²³ Vgl. zu den Folgen für die Wissensberufe etwa: Die, Enrique und Talams, Eduard, Artificial Intelligence in the Knowledge Economy, in: Journal of Political Economy, 12/2025, S. 3762-3800. Siehe auch: Brynjolfsson, E., D. Li, and L. Raymond. 2025. "Generative AI at Work." Q. J.E. 140 (2): 889–942.

bewahrt haben. Das zentrale dieser Schutzstrukturen war das Normalarbeitsverhältnis – und es befindet sich seit Jahrzehnten im Zerfall.

Was wir als «Normalarbeitsverhältnis» bezeichnen – die gesetzlich und kollektivvertraglich geregelte Anstellung, 40 Stunden pro Woche, ein Leben lang, mit sozialversichertem Familienlohn bis zur Pensionierung – ist eine historisch kurze und geografisch begrenzte Ausnahme.²⁴ Dieses Modell wurde erst in der Nachkriegszeit zur sozialen Realität: In der Schweiz stabilisierte über die AHV (1948), die Invalidenversicherung (1960) und die Arbeitslosenversicherung (Übergangsordnung 1977, AVIG 1984) ein System standardisierter Erwerbseinkommen und Sozialleistungen, dessen Leitbild die «Normalerwerbsbiografie» war – die kontinuierliche Gliederung des Arbeitslebens in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand.

Aber dieses Modell hatte von Anfang an blinde Flecken. Es basierte auf einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Ernährer und Hausfrau, und es hing von einer schlecht entlohnenden, mehrheitlich ausländischen Arbeiterschaft – in der Schweiz unter dem diskriminierenden Stichwort «Italienerproblem» verhandelt – ab.²⁵ Das Normalarbeitsverhältnis war nie universal. Es war exklusiv und fragil.

Seit den 1970er-Jahren gerät dieses Modell ins Wanken: Die Neue Frauenbewegung stellte die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und seine Ausschlüsse radikal in Frage, während die Wirtschaftskrise ab 1974 und die beschleunigte Globalisierung seine ökonomischen Grundlagen erschütterten.²⁶ Das stagnierende Wirtschaftswachstum seit den Ölkrisen hat den Spielraum für soziale Kompromisse zudem weiter verengt.²⁷ Vier Entwicklungen verdichteten sich zu einer neuen Arbeitsrealität: die Globalisierung, der Einsatz digitaler Technologien, die Plattformökonomie und die Klimakrise:

Die **Globalisierung** hat den Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten fundamental verschärft. Die Shareholder-Value-Orientierung seit den 1990er-Jahren hat neue Unternehmensmodelle entstehen lassen: Industriebetriebe wurden entweder ins Ausland verlagert oder gingen wie Maag, Escher Wyss oder Sulzer unter, wurden zerlegt oder übernommen, um den Bodenwert ihrer Areale zu verwerten. Wo früher Fabriken produzierten, stehen heute Headquarter internationaler Konzerne. Der national verankerte, sozialpartnerschaftlich eingebettete Produktionsbetrieb verlor in Industrieländern an Bedeutung und mit ihm die kollektiven Aushandlungsstrukturen, die gute Arbeit ermöglichten. Globale Lieferketten mit menschenrechtlichen Defiziten und multinationale Konzerne, die sich ihre Regeln selbst setzen, sind Ausdruck einer Globalisierung, die vor allem dem Kapital nützen.

Der Einsatz von **digitalen Technologien** – im vorangehenden Abschnitt in ihrer Kontroll- und De-Skilling-Dimension analysiert – hat Arbeit gleichzeitig räumlich entgrenzt und sozial fragmentiert. Das Normalarbeitsverhältnis zerfällt in eine Vielzahl neuer, oft prekärer Formen – Kurzarbeit, befristete Stellen, Arbeit auf Abruf, Temporär- und Heimarbeit, Franchising,

²⁴ Vgl. Bernet, Brigitta, Die Zukunft der Arbeit muss neu gedacht werden, in Geschichte der Gegenwart 2017. Siehe auch Castel, Robert. 2000. Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit.

²⁵ Vgl. Bernet, Zukunft.

²⁶ Vgl. Mayer-Ahuja, Nicole, „Normalarbeitsverhältnis“ – Ein langer Abschied oder: Zeit für einen neuen Aufbruch?, in: Sozialstaat unter Zwang, Frankfurt/Main 2019, S. 165-186.

²⁷ Vgl. Nachtwey, Abstiegs-gesellschaft.

Freelancing, Solo- oder Scheinselbständigkeit.²⁸ Ein grosser Teil der zwischen 1990 und 2020 in den OECD-Ländern neu geschaffenen Stellen entfiel auf atypische Beschäftigungsformen wie Teilzeit, befristete Anstellungen oder Solo-Selbständigkeit.²⁹

Die **Plattformökonomie** verstärkt diese Fragmentierung: Digitale Plattformen haben ein Modell der Scheinselbständigkeit etabliert, welches die Schutzrechte des Normalarbeitsverhältnisses systematisch unterläuft. Arbeitende tragen alle unternehmerischen Risiken, ohne die entsprechenden Rechte zu geniessen.

Die **Klimakrise** schliesslich macht klassische Wachstumsregime zur Sackgasse. Wirtschaftswachstum um jeden Preis ist keine Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, sondern verschärft sie. Die ökologische Transformation zwingt uns, Produktion, Konsum und Arbeit grundlegend neu zu denken – und stellt die Frage, welche Arbeit in Zukunft gut, sinnhaft und zukunftsfähig ist.

Parallel zur Erosion des Normalarbeitsverhältnisses vertieft sich die **Krise der sozialen Reproduktion**. Die Arbeit, die das gesellschaftliche Leben erst möglich macht – Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit, emotionale Fürsorge –, bleibt weitgehend unsichtbar, unbezahlt und gesellschaftlich entwertet. Über 60 Prozent dieser unbezahlten Pflege- und Assistenzarbeit leisten Frauen, mit direkten Konsequenzen für Lohn, Karriere und Rente.³⁰

Die feministische Ökonomie hat das Ausmass dieser strukturellen Unsichtbarkeit für die Schweiz sichtbar gemacht: Würde allein die Betreuungsarbeit zum Mindestlohn entschädigt, entspräche ihr Wert über 100 Milliarden Franken jährlich.³¹ Das BFS bewertet im Satellitenkonto Haushaltsproduktion die gesamte unbezahlte Arbeit – Hausarbeit, Betreuung, Freiwilligenarbeit – zu den Arbeitskosten vergleichbarer Berufsgruppen noch deutlich höher: 2020 auf 434 Milliarden Franken, das sind 41,4 Prozent der um die Haushaltsproduktion erweiterten Gesamtwirtschaft.³² Auch diese amtliche Zahl fliesst nicht in die reguläre

²⁸ Vgl. Dörre, Klaus. 2007. Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung. Subjektive Verarbeitungen, soziale Folgen und politische Konsequenzen. In *Arbeiten ohne Netz. Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen*, Hrsg. Klaus Pape, 13–34.

²⁹ Vgl. den OECD Bericht hier: https://www.oecd.org/en/publications/breaking-the-vicious-circles-of-informal-employment-and-low-paying-work_f95c5a74-en/full-report.html

³⁰ Vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/grafiken.assetdetail.35607528.html>

³¹ Vgl. WOZ, «Wie die Frauen um 100 Milliarden betrogen werden», 2019: <https://www.woz.ch/1922/feministische-oekonomie/wie-die-frauen-um-100-milliarden-betrogen-werden>. Im Jahr 2024 betrug die zeitliche Gesamtbelastung für bezahlte und unbezahlte Arbeit für Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren 61,1 Stunden pro Woche, für Männer derselben Altersklasse 57,8 Stunden. Frauen widmeten 62% dieser Zeit unbezahlten Aktivitäten, darunter 36,5 Std pro Woche für Haus- und Familienarbeit und 1,4 Std für Freiwilligenarbeit. Bei Männern war die Aufteilung umgekehrt. Sie investierten 24,3 Stunden pro Woche für unbezahlte Tätigkeiten (42%) und 33,5 Stunden in Erwerbsarbeit. Siehe auch hier: https://economiefeministe.ch/wp-content/uploads/2025/06/250607_Roos_Unbezahlte-Arbeit-2024_final.pdf

³² Vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erhebungen/shhp.assetdetail.23767760.html>

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Er wird schlicht vorausgesetzt und systematisch auf Frauen abgewälzt.³³

Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis eines Wirtschaftssystems, das nur misst, was über Märkte läuft, und unsichtbar macht, was ausserhalb davon stattfindet. **So zählt etwa das BIP** den Bau eines Gefängnisses, nicht aber die Arbeit von Eltern, die ihre Kinder betreuen. Es registriert Rüstungsausgaben, nicht aber die Pflege eines Angehörigen. Es braucht daher andere Massstäbe, um den tatsächlichen Wohlstand einer Gesellschaft zu erfassen: Messgrössen, die unbezahlte Sorgearbeit einschliessen, soziale Reproduktion sichtbar machen und die Verteilung von Zeit, Fürsorge und Lebensqualität abbilden, nicht nur den Marktwert von Gütern und Dienstleistungen.³⁴

Die Verdichtung von Arbeitsprozessen, die Entgrenzung von Arbeitszeit und die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit erzeugen eine **gesellschaftliche Erschöpfung**, die weit über individuelle Burnout-Fälle hinausgeht.³⁵ Erschöpfung ist dabei ein strukturelles Phänomen: Sie trifft überproportional jene, die mehrfach belastet sind – durch Lohnarbeit, Sorgearbeit und Prekarität gleichzeitig.³⁶ Und sie hat politische Konsequenzen: Wer erschöpft ist, zieht sich aus dem politischen Leben zurück. Demokratische Partizipation erfordert Zeit und Energie, beides wird durch schlechte Arbeit systematisch aufgezehrt. Diese Entpolitisierung bereitet autoritären und rechten Kräften den Boden. **Gute Arbeit ist deshalb nicht nur eine soziale, sondern eine demokratiepolitische Forderung.**

2.2 Situation in der Schweiz

Die globalen Trends sind keine abstrakten Phänomene. Sie hinterlassen auch in der Schweiz konkrete Spuren: in der Lohnabrechnung, den Mietzinsrechnungen, den Krankenkassenprämien und den Rentenkonten der Menschen in diesem Land.

Wachstum ohne Teilhabe

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Aber Reichtum und Wohlstand sind nicht dasselbe. Wie Isabel Martínez, Marius Brülhart und weitere Autor:innen in ihrem E4S-White-Paper auf Basis von Steuerdaten gezeigt haben: Die Schweiz ist deutlich ungleicher, als lange angenommen.³⁷ Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt rund 40 Prozent des

³³ Zur strukturellen Unsichtbarkeit der Sorgearbeit die einschlägigen Werke von: Vgl. Fraser, Nancy, *Cannibal Capitalism. How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet*, London/New York 2022; Federici, Silvia, *Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle*, Oakland 2012.

³⁴ Vgl. auch: Bundesamt für Statistik, Zeitverwendungserhebung (ZVE); sowie SP Schweiz, Manifest für eine feministische Politik. Eine solche Messgrösse wäre: Der Genuine Progress Indicator (GPI), der Human Development Index (HDI) oder spezifische Zeitverwendungserhebungen bieten Ansätze, die wir politisch stärken müssen.

³⁵ Vgl. Bröckling, Ulrich: *Der Mensch als Akku, die Welt als Hamsterrad. Konturen einer Zeitkrankheit*, in: Neckel, Sighard, Greta Wagner (Hg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 2013, S. 179–200.

³⁶ Vgl. hierzu etwa: Franziska Schutzbach, *Die Erschöpfung der Frauen. Wider die weibliche Verfügbarkeit*. Siehe auch Nicole Mayer-Ahuja & Oliver Nachtwey: *Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klasesengesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag (2021).

³⁷ Brülhart, Marius; Moseka, Falone; Fuster, Andreas und Martínez, Isabel Z., *Wealth and Inheritance in 21st-Century Switzerland*, <https://e4s.center/wp-content/uploads/2026/02/E4S-White-Paper-Wealth-and-Inheritance-ENG-full-final2.pdf>

gesamten Nettovermögens, das oberste Zehntel vereint drei Viertel aller Vermögen. Die untere Hälfte verfügt praktisch über nichts.³⁸

Diese Ungleichheit ist nicht vom Himmel gefallen. Zwischen 1993 und 2023 ist die Arbeitsproduktivität real um 40 Prozent gestiegen, die Reallöhne jedoch bloss um 13 Prozent.³⁹ Gleichzeitig öffnet sich die Lohnschere: während die unteren und mittleren Reallöhne seit 2014 nur um 2.5 Prozent zulegen, verzeichnet das bestbezahlte Prozent der Berufstätigen einen Zuwachs von 23.2 Prozent.⁴⁰ Was die Arbeitenden an Produktivitätsgewinnen nicht als Lohn erhalten haben, ist nicht verschwunden, sondern schlicht nach oben umverteilt worden. Steuerreformen haben diese Schere weiter geöffnet: Ein Lohnmillionär spart heute im Vergleich zum Jahr 2000 jährlich über 30'000 Franken durch Steuersenkungen. Ein mittleres Einkommen profitierte von gerade einmal 125 Franken steuerlicher Entlastung. Die Steuerlast auf Kapital ist um mehr als 20 Prozent gesunken, jene auf Arbeit um 3,9 Prozent gestiegen.

Steuervergünstigungen für Vermögende sind in ihrer wirtschaftlichen Wirkung dabei nichts anderes als **Staatsausgaben für die Vermögenden**.⁴¹ Der Staat gibt das Geld aus. Er verzichtet nur darauf, es vorher einzunehmen. Für die Arbeitswelt hat das direkte Konsequenzen: Kapital, das steuerlich bevorzugt wird, fliesst nicht in gute Arbeitsplätze, sondern in Finanzanlagen, Immobilien und Dividenden. Gleichzeitig fehlen dem Staat die Mittel für Kitas, Weiterbildung, Kultur, die Internationale Zusammenarbeit und einen Service public, der als fairer Arbeitgeber Standards setzt. **Austerität für die Vielen und fiskalische Grosszügigkeit für die Wenigen sind Teil desselben Programms**. Konzentriertes Vermögen bedeutet schliesslich auch konzentrierte politische Macht: Wer Medien besitzt, Verbände kontrolliert und Parteien finanziert, sorgt dafür, dass diese Zusammenhänge nicht benannt oder mit den üblichen orthodoxen Mantras – Standortwettbewerb, Schwarze Null, Eigenverantwortung, Belastung künftiger Generationen – verschleiert werden.

Versteckte Lohnkürzungen

Was von den Löhnen übrig bleibt, wird durch explodierende Fixkosten weiter aufgerieben. Insgesamt haben Mieter:innen gemäss einer Studie im Auftrag des Mieterinnen- und Mieterverbands 78 Milliarden Franken mehr bezahlt, als eine an den mietrechtlichen Kostenfaktoren orientierte Kostenmiete ergeben hätte; allein 2021 waren das durchschnittlich 370 Franken pro Haushalt und Monat.⁴² Der eigentliche Skandal ist dabei nicht, dass dieser Transfer unrechtmässig wäre – die Senkung bei sinkendem Referenzzinssatz muss von der

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. die Analyse zu den Lohnresultaten 2026 von Travail.Suisse: https://syna.ch/images/Medienmitteilung/2025/lohnrunde2026_hintergrund.pdf

⁴⁰ Vgl. den Verteilungsbericht 2024 vom SGB: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/mk-cp/240429_VerteilungsRepartition/240429_Verteilungsbericht_2024.pdf

⁴¹ Vgl. hierzu: Cooper, Melinda, Counterrevolution. Extravagance and Austerity in Public Finance, New York 2024. Siehe auch: Mattei, Clara, The Capital Order. How Economists Invented Austerity and Paved the Way to Fascism, Chicago 2022.

⁴² Vgl. die Studie des Büro BASS https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2022/2022_MV_Entwl_Rend_Mietwhg_Studie_DE.pdf. Die Angebotsmieten sind seit 2005 um rund 19 bis 24 Prozent gestiegen, die Bestandsmieten insgesamt nur um rund 12 Prozent, im Altbestand gingen sie real sogar leicht zurück – obwohl sie bei sinkendem Referenzzinssatz hätten sinken müssen." (Quelle: Fachstelle Volkswirtschaft ZH; Die Volkswirtschaft, Januar 2024)

Mietpartei aktiv geltend gemacht werden, sonst bleiben die Mieten gültig –, sondern dass er auf völlig legalem Weg zustande kommt.⁴³ Die Krankenkassenprämien haben sich seit Einführung des KVG durchschnittlich um 160 Prozent gestiegen, während die Reallöhne im selben Zeitraum um lediglich 13 Prozent zulegen.⁴⁴ Je nach Wohngemeinde und -kanton kommen für Familien mit Kindern Betreuungskosten von durchschnittlich über 12'000 Franken pro Jahr hinzu.

Haushalte mit einem Monatseinkommen bis 4'000 Franken geben heute 35 Prozent davon allein für die Miete aus. Das frei verfügbare Einkommen ist für tiefe und mittlere Einkommen real gesunken. **Lohnerhöhungen, die von Mieten, Prämien und Betreuungskosten aufgefrassen werden, sind keine echten Lohnerhöhungen. Sie sind eine stille Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapital- und Immobilieneigentümer:innen** – legal, systematisch und politisch gewollt. Was als Steuervergünstigung für Vermögende beginnt, setzt sich als Kopfprämie und überhöhter Mietzins fort: Die Umverteilung von unten nach oben geschieht nicht auf einem einzigen Weg – sie geschieht gleichzeitig auf allen.

Die Kaufkraftkrise setzt sich im Alter fort – oft mit noch grösserer Wucht. Die mittlere AHV-Rente beträgt heute knapp 1'800 Franken pro Monat – zu wenig, um in der Schweiz den Lebensbedarf zu decken. Fast 11 Prozent aller Frauen müssen direkt beim Renteneintritt Ergänzungsleistungen beantragen. Der gesetzliche BVG-Mindestumwandlungssatz liegt seit 2014 unverändert bei 6,8 Prozent. Faktisch eingebrochen – um rund ein Fünftel seit 2010 – sind jedoch die Umwandlungssätze umhüllender Kassen im überobligatorischen Bereich, wo der grösste Teil der Vorsorgeguthaben liegt. Diese schleichende Senkung ausserhalb des gesetzlichen Minimums trifft besonders Personen mit tieferen und mittleren Einkommen.⁴⁵

Ungleiche Arbeit, Stress und strukturelle Ausgrenzung

Die offizielle Arbeitslosenquote ist tief, aber sie trügt. Eine BSV-Studie im Rahmen des nationalen Armutsmonitorings zeigt: Hinter der statistischen Vollbeschäftigung steckt eine vielschichtige Realität von Unterbeschäftigung, atypischen Beschäftigungsformen und loser Arbeitsmarktanbindung. Menschen, die weniger arbeiten als sie möchten; Menschen in der «stillen Reserve»; Menschen in fragilen, diskontinuierlichen Verhältnissen – sie erscheinen in keiner Statistik. Rund ein- bis zweihunderttausend Erwerbstätige gelten gemäss den gängigen Working-Poor-Quoten als von Armut betroffen.⁴⁶ Lücken in der Beitragsgeschichte führen zu Lücken bei Rente, ALV und Krankentaggeld. **Die Schweiz hat kein Vollbeschäftigungsproblem – sie hat ein Problem mit der Qualität und Sicherheit der Beschäftigung.**

⁴³ Vgl. Bundesamt für Wohnungswesen, Wohnmonitor: <https://wohnmonitor.admin.ch/de>

⁴⁴ Vgl. <https://www.konsumentenschutz.ch/allgemein/2026/01/30-jahre-kvg-und-die-praemien-steigen-weiter/>

⁴⁵ Für Frauen in typischen Berufen – Pflegefachfrau, Erzieherin, Verkäuferin – liegen die Pensionskassenrenten bei 60-Prozent-Pensum zwischen 500 und 800 Franken pro Monat.

⁴⁶ Gemäss BfS waren in der Schweiz 2024 4,3% aller Erwerbstätigen von Armut betroffen. Dies entspricht rund 175 000 Personen. Vgl. hierzu <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/armut-deprivation/armut.html>. Rund doppelt so viele Menschen sind trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet. Siehe hierzu: <https://www.caritas.ch/de/thema-armut-in-der-schweiz/?showCollapsible=%5B%22Armut%22%5D>

Diese Qualitätsprobleme sind auch eine **Frage des Geschlechts**: Frauen sind in Tieflohnbranchen wie Detailhandel, Reinigung, Pflege und Betreuung massiv überproportional vertreten und tragen die Hauptlast prekärer, schlecht abgesicherter Erwerbsarbeit. Wie wenig Existenzsicherung durch Lohn für Arbeitgeberverbände noch zählt, zeigte jüngst Direktor Roland A. Müller: Er stellte unverblümt in Frage, dass es überhaupt Aufgabe der Wirtschaft sei, für existenzsichernde Löhne zu sorgen. Diese Haltung verschiebt die Verantwortung bewusst: Die Gewinne aus Tieflohnen bleiben privat, die Kosten für die Existenzsicherung soll über Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe die Allgemeinheit ragen. Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren, das ist kein Kollateralschaden, sondern bürgerliches Programm.

Gleichzeitig gehört die Schweiz bei der normalen Wochenarbeitszeit Vollzeitbeschäftigter zu den Ländern mit den längsten Arbeitszeiten Europas, wegen des hohen Teilzeitanteils liegt sie bei den tatsächlich geleisteten Stunden je erwerbstätige Person hingegen im Mittelfeld.⁴⁷ Die betriebsüblichen Arbeitszeiten stagnieren seit Jahren, Überstunden bleiben oft unbezahlt.⁴⁸ Algorithmisches Management verdichtet die Arbeitsabläufe zusätzlich und treibt Stress und Burnout in die Höhe, ohne dass Produktivitätsgewinne in kürzere Arbeitszeiten geflossen wären; sie wurden als Gewinn abgeschöpft. Das Ergebnis ist paradox: Die einen arbeiten zu viel, aus Angst vor Statusverlust oder aus prekärer Not; die anderen zu wenig, weil der Markt es nicht anders erlaubt – unfreiwillige Teilzeit, befristete Anstellungen, Arbeit auf Abruf. **Über- und Unterbeschäftigung sind zwei Seiten derselben Medaille: einer Arbeitswelt, in der Arbeit nicht gerecht verteilt ist.**⁴⁹

Diese ungerechte Verteilung folgt bekannten Mustern: Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen und ältere Arbeitnehmende sind überproportional von **Prekarität und Ausgrenzung** betroffen. Unfreiwillige Teilzeit ist kein individuelles Schicksal, sondern strukturell produziert – durch fehlende Kinderbetreuung, unflexible Arbeitszeitmodelle und die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, die zu rund 80 Prozent von Frauen geleistet wird, mit direkten Folgen für Lohn, Karriere und Rente. Teilzeitfalle und Rentenkrise sind zwei Kapitel derselben Geschichte. Menschen mit Behinderungen werden in Sonderstrukturen abgedrängt statt in den ersten Arbeitsmarkt integriert, Migrant:innen stecken überproportional in prekären Verhältnissen.⁵⁰

⁴⁷ Zur Teilzeitarbeit in der Schweiz vgl. die Analyse von Travail.Suisse: <https://www.travailsuisse.ch/de/media/2577/download?attachment>. Zu den Zahlen des BfS vom Mai 2025 zu den Arbeitszeiten: <https://dam-api.bfs.admin.ch/hub/api/dam/assets/36455306/master>

⁴⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik, Betriebsübliche Arbeitszeiten 2024: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.35227357.html>

⁴⁹ Die Arbeitslast steigt, Stellen werden nicht nachbesetzt, und neue digitale Tools beschleunigen nicht nur die Prozesse, sondern auch den Stress. Beschäftigte haben das Gefühl, ständig hinterherzurrennen und kaum noch Einfluss auf ihr Arbeitspensum zu haben. Wenig überraschend zeigen sich diese Entwicklungen zeigen sich auch in den Zahlen: Fast jede vierte erwerbstätige Person fühlt sich häufig gestresst. <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/31866442>. Vgl. hierzu auch Vgl. Frayne, David, The Refusal of Work. The Theory and Practice of Resistance to Work, London 2015; Weeks, Kathi, The Problem with Work. Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries, Durham 2011.

⁵⁰ Schwiter, Karin / Bärnighausen, Reta, BSV-Studie zu unfreiwilliger Teilzeit, 2025: <https://sozialesicherheit.ch/de/unfreiwillig-in-teilzeit/>

Auch in der Schweiz breitet sich die Plattform- oder Gig-Ökonomie aus.⁵¹ Kurierfahrende, Reinigungskräfte, Pflegepersonen auf Abruf tragen die vollen unternehmerischen Risiken von Selbstständigerwerbenden, ohne die Schutzrechte von Angestellten zu genießen – etwa bei Arbeitslosigkeit oder Invalidität.⁵² Erschwert wird die Durchsetzung bestehender Schutzstandards zusätzlich dadurch, dass die Schweiz zu wenige Arbeitsinspektor:innen hat und – anders als die EU, wo die Umsetzung in den Mitgliedstaaten teilweise noch läuft – über keine Plattformregulierung verfügt.

Was alle Betroffenen verbindet: Sie sind nicht Opfer persönlichen Versagens. **Ausgrenzung und Prekarität sind kein Naturgesetz, sie sind politisch produziert. Und sie sind politisch lösbar. Solange Kinderbetreuung unerschwinglich, Sorgearbeit unsichtbar und Arbeit strukturell ungerecht verteilt ist, gilt: Gute Arbeit für alle bleibt ein Versprechen, das seiner Einlösung harrt.**

Wer von der Unsicherheit profitiert

Was die vorangegangenen Abschnitte in Zahlen beschrieben haben, ist kein Schicksal. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Und es ist dieselbe politische Rechte, die diese Entscheidungen vorangetrieben hat und heute von deren Folgen profitiert.

Die Logik ist einfach und zynisch: Indem neoliberale Regierungen wohlfahrtsstaatliche Institutionen den Marktgesetzen unterworfen haben – Gewerkschaften geschwächt, öffentliche Dienste ausgedünnt, Sozialversicherungen dem Wettbewerb unterworfen –, haben sie eine Gesellschaft produziert, in der die Menschen immer mehr auf sich selbst gestellt sind. Wenn das Risikomanagement eine Frage der Eigenverantwortung ist, nimmt die Verletzlichkeit des Einzelnen in Krisenzeiten zu.

Diese Individualisierung von Risiko zeigt sich besonders deutlich in der sogenannten «Aktivierungslogik» gegenüber Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden: Arbeitslosigkeit und Armut werden als persönliches Versagen behandelt, das durch Druck, Sanktionen und Kontrolle zu korrigieren sei, anstatt als Ergebnis struktureller Ursachen wie fehlender Kinderbetreuung, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder ungenügender Löhne. Statt Menschen den Weg in gute, existenzsichernde Arbeit zu ebnen, zwingen restriktive Zumutbarkeitsregeln und Sanktionsmechanismen sie oft in schlechte Arbeit oder in Verhältnisse unterhalb des Existenzminimums.⁵³ Diese Logik ist kein Zufall, sondern folgt demselben Muster wie die Individualisierung anderer sozialer Risiken: Sie verschleiert die strukturellen Ursachen von Prekarität und entlastet jene politischen Kräfte, die gleichzeitig Löhne drücken und Sozialversicherungen schwächen.

Genau hier setzt die globale politische Rechte an. Sie hat die Angst, die ihr wirtschaftspolitisches Programm mitproduziert hat, in politisches Kapital verwandelt und kanalisiert die teils

⁵¹ Vgl. die Zahlen vom BfS unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbst-aetigkeit-arbeitszeit/arbeitsbedingungen/internet-plattformdienstleistungen.html>

⁵² Vgl. Casilli, Antonio, *En attendant les robots. Enquête sur le travail du clic*, Paris 2019; Rosenblat, Alex, *Uberland. How Algorithms Are Rewriting the Rules of Work*, Oakland 2018.

⁵³ Vgl. zu diesem Komplex: Vgl. Wacquant, Loïc, *Punishing the Poor. The Neoliberal Government of Social Insecurity*, Durham 2009.

berechtigte Wut über Abstiegsängste und Statusverlust in Ressentiments. Wer aber wie die SVP, FDP und zum Teil auch die Mitte die Prämienentlastungs-Initiative bekämpft, den Mieterschutz schwächt, Löhne drückt, die Finanzierung der 13. AHV-Rente torpediert und gleichzeitig Steuergeschenke für Vermögende verteidigt, hat jedes Recht verwirkt, sich als Anwalt der Leute aufzuspielen.

Es ist aber nicht so, dass die Bürgerlichen nur dem Sparen verpflichtet wären. Sie sind äusserst grosszügig, wenn es um Staatsausgaben für Vermögende und für die Armee geht. Die Aufrüstungspolitik der letzten Jahre ist dabei besonders aufschlussreich.⁵⁴ So hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit beschlossen, die Armeeaussgaben in den nächsten Jahren – bis 2032 – schrittweise auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. Forderungen nach einer weiteren Erhöhung auf 2% werden bereits laut.⁵⁵ Wegen der Schuldenbremse handelt es sich allerdings nicht um zusätzliche, defizitfinanzierte Nachfrage, sondern um eine Umlagerung zulasten anderer Bundesaussgaben.

Die Logik dahinter ist entlarvend: Da die Schuldenbremse die Gesamtausgaben des Bundes begrenzt, geraten jene Bereiche unter Druck, die nicht durch Verfassung oder Gesetz vorgeschrieben sind. Genau hier liegen aber viele der Ausgaben, die für gute Arbeit entscheidend sind: für das Bundespersonal, für die Berufsbildung, die Weiterbildung, die internationale Zusammenarbeit, die Forschung oder die Kulturförderung. Rosa Luxemburg hat diesen Zusammenhang auf wie Folgt benannt: Die Rüstungsbranche mag kurzfristig vergleichsweise gut bezahlte Jobs bieten, doch was die Lohnabhängigen kurzfristig gewinnen, verlieren sie durch den mit der Aufrüstungsfinanzierung verbundenen Druck auf Löhne, Sozialstandards und politische Handlungsspielräume.⁸ Was als Stärkung der nationalen Sicherheit präsentiert wird, ist in seiner Wirkung auch ein Angriff auf die sozialen Errungenschaften, die in Jahrzehnten erkämpft wurden.

Die politische Antwort der SP muss klar und deutlich ausfallen. Wir wollen die strukturellen Ursachen der Ungleichheit benennen und bekämpfen – und gleichzeitig konkrete, spürbare Sicherheit durch die Stärkung der Kaufkraft herstellen. Die Befunde dieses Kapitels zeigen, wo anzusetzen ist. **Gute Arbeit für alle ist die Antwort auf die Krisen unserer Zeit, nicht als abstraktes Versprechen, sondern als konkretes politisches Programm.**

3. GUTE ARBEIT FÜR ALLE! POSITIONEN UND FORDERUNGEN DER SP SCHWEIZ

Gute Arbeit für alle bedeutet: existenzsichernde Löhne, faire Arbeitszeiten, sichere Bedingungen, demokratische Mitbestimmung, Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit, Erwerbs- und Privatleben zu vereinbaren. Sie bedeutet, dass die Früchte wirtschaftlicher Produktivität gerecht verteilt werden – als Lohn, als Rente, als Zeit, als Würde. Und sie bedeutet,

⁵⁴ Für den europäischen Kontext vgl. Dörre, Klaus, IPPNW 2026; Krugman, Paul, «Weaponized Keynesianism», New York Times, 24. Juni 2009; sowie Custers, P., «Military Keynesianism today: an innovative discourse», Race & Class, 51(4), 2010.

⁵⁵ Das Berner Kantonsparlament fordert in einer Standesinitiative vom 3. Juni 2026 die Erhöhung der Militärausgaben auf 2% des BIP.

dass niemand zurückgelassen wird: nicht wegen Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung.

Die folgenden Forderungen sind der politische Weg zu dieser Arbeitswelt. Sie sind keine Wunschliste, sie sind die konkreten Antworten auf die Missstände, die wir in der Analyse beschrieben haben.

3.1 Das Erreichte verteidigen: Arbeitsbedingungen schützen

Gute Arbeitsbedingungen sind nicht selbstverständlich – sie sind das Ergebnis jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und politischer Errungenschaften. In einer Zeit, in der diese Errungenschaften unter Beschuss geraten, ist ihre Verteidigung eine politische Priorität.

Kernforderungen:

- **Stopp des Sozialabbaus:** Keine Verlängerung der Arbeitszeiten, kein Ausbau der Sonntagsarbeit, keine Kürzungen bei ALV und Sozialhilfe.
- **Arbeitsgesetz konsequent durchsetzen:** Arbeitszeit-, Ruhezeit- und Gesundheitsschutzvorschriften gelten für alle – auch in der Plattform- und Gig-Economy. Ausnahmen sind zu beschränken, nicht auszuweiten
- **Arbeitszeiterfassung erhalten:** Keine weiteren Ausnahmen bei der Arbeitszeiterfassung. Nur was erfasst wird, kann geschützt werden
- **Sonntagsruhe verteidigen:** Der arbeitsfreie Sonntag ist eine zivilisatorische Errungenschaft – keine Verhandlungsmasse für Wirtschaftslobbyisten
- **Klare Regeln für Homeoffice:** Haftung, Ergonomie, Datenschutz und Arbeitsmittel müssen gesetzlich geregelt sein
- **Psychische Gesundheit als Arbeitsschutzthema:** Stressbedingte Erkrankungen sind als Berufskrankheiten anzuerkennen; Unternehmen werden zum Gesundheitsschutz und zur Prävention verpflichtet

3.2 Faire Löhne und starke Gewerkschaften

Position:

Arbeit muss zum Leben reichen. Das gilt besonders für die vielen Frauen, die in Berufen wie Pflege, Betreuung, Reinigung oder Verkauf arbeiten – Berufe, die gesellschaftlich unverzichtbar sind, aber systematisch unterbewertet und unterbezahlt werden. Diese Lohnlücke ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Abwertung von Arbeit, die als „typisch weiblich“ gilt oder mit Sorge- und Beziehungsarbeit assoziiert wird. Gesamtarbeitsverträge sind das Rückgrat guter Löhne – und Gewerkschaften sind ihre unverzichtbare Grundlage. Der Markt allein schafft keine guten Löhne. Er schafft Löhne, die gerade so hoch sind, wie es die Gegenmacht der Lohnabhängigen durchsetzen kann. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, verbindliche Gesamtarbeitsverträge, einen wirksamen

Mindestlohn und eine konsequente Lohngleichheitspolitik, die auch die strukturelle Abwertung frauendominierter Berufsfelder als Ganzes adressiert – nicht nur Einzelfälle von Diskriminierung im selben Betrieb.

Kernforderungen:

- **Mindestlöhne:** Kantonale und kommunale Mindestlöhne sind zu erhalten und weiterzuentwickeln
- **GAV stärken:** Die Hürden für die Allgemeinverbindlicherklärung senken. Wo kein GAV besteht, tritt schneller ein Normalarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen in Kraft. Hauptunternehmen haften auch für die Verfehlungen ihrer Subunternehmen (Solidarhaftung)
- **GAV einfacher allgemeinverbindlich machen:** Erst ein GAV schafft die Möglichkeit, für Lohnerhöhungen zu kämpfen, die allen zugutekommen – heute ist nur die Hälfte der Beschäftigten durch einen GAV geschützt.
- **Lohntransparenz und Lohngleichheit:** Die Schwelle für Lohngleichheitsanalysen ist auf Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden zu senken, das Analyseintervall zu verkürzen, Ausnahmen zu streichen und bei nachgewiesener Diskriminierung sind wirksame Sanktionen zu verhängen. Verbände erhalten das Recht auf Lohn-Sammelklagen
- **Aufwertung frauendominierter Berufe:** Berufe in Pflege, Betreuung, Reinigung und Detailhandel sind entlang objektivierter, diskriminierungsfreier Kriterien (Verantwortung, Belastung, Qualifikation) neu zu bewerten und die daraus resultierenden Lohnungleichheiten sind durch branchenweite GAV-Lösungen zu beheben – nicht nur durch betriebsinterne Lohngleichheitsanalysen.
- **Schutz vor Lohndumping:** Flankierende Massnahmen erhalten und ausbauen – verstärkte Kontrollen, höhere Bussen, insbesondere in den Grenzregionen
- **Schutz der gewerkschaftlichen Mitarbeitenden gemäss ILO:** Der Schutz gewerkschaftlicher Mitarbeitender vor Repressalien ist gemäss ILO-Massnahme 14 vollständig umzusetzen. Wer sich für Lohnschutz und Arbeitnehmendenrechte engagiert, darf dafür keine beruflichen Nachteile erleiden. Die Schweiz ist dieser Verpflichtung bis heute nicht hinreichend nachgekommen.
- **Schutz älterer Arbeitnehmender:** Ältere Beschäftigte sind überproportional von Entlassung, Langzeitarbeitslosigkeit und Frühpensionierung betroffen – oft mit gravierenden Rentenfolgen. Die SP unterstützt die Vorschläge des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) zum Schutz älterer Arbeitnehmender⁵⁶

⁵⁶ Vgl. die Vorschläge zum besserer Schutz älterer Arbeitnehmender: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/communiques/211110_DL_AEltere-Arbeitnehmende_Positionspapier-Konferenz.pdf

-
- **Existenzsichernder Lehrlingslohn:** Nach abgeschlossener Lehre muss der Lohn mindestens 5'000 Franken betragen.

3.3 Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie

Position:

Demokratie endet nicht am Werktor. Wer acht oder mehr Stunden am Tag in einem Betrieb verbringt, muss mitentscheiden können, wie dieser Betrieb geführt wird.⁵⁷ Mitbestimmung ist nicht nur ein Gerechtigkeitsanliegen – sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll: Studien, namentlich zur paritätischen Mitbestimmung in Deutschland, deuten zudem darauf hin, dass Betriebe mit starker Mitbestimmung robuster und innovationsfähiger sind.⁵⁸

Kernforderungen:

- **Betriebliche Mitbestimmung stärken:** Ausbau der Mitwirkungsrechte in Betrieben; verbindliche Personalvertretungen auch in kleinen und mittleren Unternehmen
- **Mitbestimmung bei Digitalisierung:** Einführung neuer algorithmischer Systeme und Managementtechnologien bedarf der Mitbestimmung der Beschäftigten
- **Gewinnbeteiligung und Mitarbeiterbeteiligung:** Beschäftigte sollen stärker an den Gewinnen ihrer Unternehmen beteiligt werden – nicht nur als Kostenfaktor, sondern als Mitgestalter:innen
- **Ausbau der Arbeitnehmendenvertretung:** Beschäftigte erhalten paritätische Vertretung in den Aufsichtsgremien von Grossunternehmen
- **Demokratisierung von Investitionsentscheidungen:** Entscheidungen über Stellenabbau, Verlagerungen und Geschäftsmodelle dürfen nicht allein dem Kapital überlassen bleiben – Beschäftigte und Gewerkschaften sind frühzeitig einzubeziehen⁵⁹
- **Langfristige Vision:** Überwindung des Kapitalismus als Herrschafts- und Regierungsform. Der Kapitalismus ist mehr als ein Wirtschaftssystem, er ist auch eine Regierungsform: eine Weise, wie Verhalten, Risiko und Selbstverantwortung strukturiert, angereizt und diszipliniert werden – weit über den Markt im engeren Sinne hinaus. Die SP kämpft deshalb nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen innerhalb des bestehenden Systems. Langfristig verfolgt sie die Überwindung des Kapitalismus als Herrschafts- und Regierungsform, hin zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der nicht Verwertungslogik und Renditezwang, sondern demokratische Selbstbestimmung und die Sorge um ein gutes Leben für alle den Rahmen des Zusammenlebens bilden.

⁵⁷ Vgl. zum Thema der Wirtschaftsdemokratie allgemein: Brie, Michael: Das ungelöste Jahrhundertproblem: die Demokratisierung der Wirtschaft, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 14 (2015), S. 67–85 sowie Demirovic, Alex (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, München 2018.

⁵⁸ Vgl. die Studie des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans Böckler Stiftung: https://www.imu-boeckler.de/fpdf/HBS-009351/p_mbf_report_2026_88.pdf

⁵⁹ Siehe hierzu etwa Dörre, Klaus, IPPNW 2026: Die Demokratisierung von Produktions- und Investitionsentscheidungen als Gegenmodell zur eigentumsbasierten Trennung von Produktion und Gewinn.

3.4 Arbeitszeit verkürzen, Arbeit gerecht verteilen

Position:

Die betriebsüblichen Arbeitszeiten in der Schweiz stagnieren seit Jahren, Produktivitätsgewinne sind nicht in kürzere Arbeitszeiten geflossen, sondern wurden als Gewinn abgeschöpft.⁶⁰ Arbeitszeitverkürzung ist deshalb nicht nur eine Forderung der Lebensqualität – sie ist eine Forderung der gerechten Verteilung von Arbeit, Zeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Kernforderungen:

- **Schrittweise Reduktion der Wochenarbeitszeit:** 40, dann runter auf 35 Stunden, bei vollem Lohnausgleich für tiefe und mittlere Einkommen⁶¹
- **Überstunden konsequent entschädigen:** Geleistete Überstunden sind zu entschädigen oder in Freizeit umzuwandeln – nicht stillschweigend als Normalzustand zu akzeptieren
- **Recht auf Teilzeit:** Beschäftigte haben ein Recht auf Teilzeit – ohne Karrierenachteile, ohne Lohnabzüge über das proportionale Mass hinaus, ohne Ausgrenzung aus der beruflichen Vorsorge
- **Produktivitätsgewinne als gesellschaftliche Dividende:** Zukünftige Produktivitätsgewinne sind nicht automatisch als Profit abzuschöpfen – sie sind durch Gesamtarbeitsverträge und gesetzliche Regelungen in Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen und zusätzliche Urlaubstage umzuwandeln
- **8 Wochen Ferien für Lernende:** Lernende in der beruflichen Grundbildung haben heute lediglich Anspruch auf fünf Wochen Ferien – deutlich weniger als Gymnasiast:innen und Studierende. Der SGB fordert zu Recht eine Erhöhung auf acht Wochen Ferien für Lernende. Diese Investition stärkt die Attraktivität der Berufslehre, fördert die Gesundheit junger Menschen in der Ausbildung und ist ein klares Signal für die Wertschätzung der Berufsbildung.⁶²

3.5 Sorgearbeit anerkennen – Gleichstellung jetzt!

Position:

Rund 80 Prozent der unbezahlten Pflege- und Assistenzarbeit leisten Frauen – mit direkten Konsequenzen für Lohn, Karriere und Rente. Solange Sorgearbeit unsichtbar und unbezahlt bleibt, ist Gleichstellung eine Illusion. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben ist kein Naturgesetz – sie ist das Ergebnis einer Politik, die Sorgearbeit

⁶⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik, Betriebsübliche Arbeitszeiten 2024: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.35227357.html>

⁶¹ Die positiven Effekte der Arbeitszeitreduktion beschreibt Bader, Christoph et al.: [Weniger ist Mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Weniger arbeiten als Transformationsstrategie für eine ökologischere, gerechtere und zufriedener Gesellschaft – Implikationen für die Schweiz](#) (CDE Working Papers 6), Bern 2020, Bern Open Publishing (BOP) [10.7892/boris.144160](#)

⁶² Vgl. Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), «8 Wochen Ferien für Lernende – eine notwendige Investition zur Stärkung der Berufslehre»: <https://www.sgb.ch/themen/bildung-jugend/detail/8-wochen-ferien-fuer-lernende-eine-notwendige-investition-zur-staerkung-der-berufslehre>.

privatisiert und auf Frauen abwälzt. Gute Arbeit für alle setzt voraus, dass Sorgearbeit gesellschaftlich anerkannt, gerecht verteilt und strukturell abgesichert wird.

Kernforderungen:

- **Lohngleichheit durchsetzen:** Umsetzung und Verschärfung der Massnahmen zur Lohngleichheit (vgl. 3.2)
- **Kita-Gesetz konsequent umsetzen:** Die Kantone müssen die im Kita-Gesetz vorgesehenen Bundesmittel vollständig abholen und mit eigenen, ausreichend hohen Beiträgen ergänzen, damit ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und finanziell zugängliches Betreuungsangebot entsteht.
- **Familienzeit ausbauen:** Einführung einer paritätischen Elternzeit, die beiden Elternteilen eine **gleich lange Familienzeit von je 18 Wochen ermöglicht**.
- **Koordinationsabzug prozentual ausgestalten:** Der fixe Koordinationsabzug in der beruflichen Vorsorge benachteiligt Teilzeitbeschäftigte und Personen mit mehreren Arbeitsstellen – mehrheitlich Frauen – strukturell. Er ist zu senken und in eine prozentuale, lohnabhängige Grösse umzuwandeln, damit auch tiefe und mittlere Einkommen im Verhältnis zu ihrem Lohn besser versichert sind. Für tiefste Einkommen ist dabei sicherzustellen, dass höhere Beiträge nicht zu höheren Kosten ohne reale Rentenverbesserung führen, da diese über die Ergänzungsleistungen ohnehin kompensiert würde.
- **Betreuungsgutschriften in der zweiten Säule:** Personen, die Sorgearbeit leisten und deshalb ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder unterbrechen, sollen in der beruflichen Vorsorge nicht bestraft werden. Die SP unterstützt das Prinzip von Betreuungsgutschriften in der zweiten Säule, die Beitragslücken durch Sorgearbeit ausgleichen. Sorgearbeit darf nicht zur Rentenkürzung führen⁶
- **Anerkennung informeller Pflege:** Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen, leisten einen immensen gesellschaftlichen Beitrag – sie verdienen Unterstützung, Entlastung und soziale Absicherung, nicht Isolation und Erschöpfung.
- **Mutterschutz stärken:** Schwangere und junge Mütter brauchen wirksamen Schutz am Arbeitsplatz statt Kündigungsdruck und Karriereeinbussen. Der Kündigungsschutz ist auf die Zeit nach Ende des Mutterschaftsurlaubs auszuweiten, die Mutterschaftsentschädigung ist zu verlängern und zu erhöhen, und Wiedereinstieg nach der Geburt darf nicht mit Lohn-, Pensums- oder Positionsverlust einhergehen. Diskriminierung aufgrund von Schwangerschaft oder Mutterschaft ist konsequent zu sanktionieren.

3.6 Weiterbildung und Umschulung als Recht

Position:

Die Arbeitswelt verändert sich schnell. Wer heute eine Ausbildung abschliesst, wird im Laufe seines Erwerbslebens mehrfach mit technologischen und wirtschaftlichen Umbrüchen

konfrontiert. Weiterbildung darf deshalb kein Privileg derjenigen sein, die sich sie leisten können oder deren Arbeitgebende sie finanzieren. Sie ist ein Recht – für alle Beschäftigten, unabhängig von Bildungsstand, Einkommen oder Beschäftigungsform.

Kernforderungen:

- **Recht auf Weiterbildung:** Jede erwerbstätige Person hat Anspruch auf eine bestimmte Anzahl bezahlter Weiterbildungstage pro Jahr – unabhängig vom Arbeitgebenden
- **Bildungsurlaub gesetzlich verankern:** Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf bezahlten Bildungsurlaub von mindestens fünf Tagen pro Jahr
- **Weiterbildungsfonds:** Branchen- oder gesamtschweizerische Fonds finanzieren Weiterbildung – insbesondere für Beschäftigte in Berufen, die von Automatisierung und Digitalisierung besonders betroffen sind
- **Umschulungsrecht bei strukturellem Wandel:** Wer seinen Beruf aufgrund technologischer oder wirtschaftlicher Veränderungen nicht mehr ausüben kann, hat Anspruch auf vollfinanzierte Umschulung
- **Weiterbildung für ältere Beschäftigte fördern:** Gezielte staatliche Programme für Beschäftigte ab 50 Jahren, damit auch sie von Weiterbildung profitieren und nicht frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden

3.7 Neue Arbeitsformen regulieren

Position:

Plattformarbeit, Scheinselbständigkeit und algorithmisches Management sind keine Naturgesetze der Digitalisierung – sie sind unternehmerische Strategien zur Umgehung von Schutzrechten. Was rechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit erscheint, ist wirtschaftlich oft vollständige Abhängigkeit. Die Schweiz muss diese Schutzlücken schliessen – und den Vollzug bestehender Rechte endlich sicherstellen.

Kernforderungen:

- **Scheinselbständigkeit konsequent bekämpfen:** Gerichte anerkennen Plattform- und andere Scheinselbständige regelmässig als Angestellte – das Problem ist nicht das Recht, sondern der Vollzug. Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen sind auszubauen, damit Betroffene ihren Anspruch auf Sozialversicherungsschutz nicht selbst einklagen müssen. Echte Selbständige und Plattformarbeitende sind zusätzlich durch eine obligatorische Sozialversicherung abzusichern.
- **Algorithmisches Management regulieren:** Der Einsatz algorithmischer Systeme zur Arbeitskontrolle, Leistungsüberwachung und Personalentscheidung bedarf klarer gesetzlicher Schranken und zwingender Mitbestimmung

- **Mehr Arbeitsinspektor:innen:** Die Kantone stellen genügend Arbeitsinspektor:innen ein, um Betriebe künftig alle zwei Jahre statt alle zwanzig Jahre zu kontrollieren. Unternehmen, die ihre Pflichten verletzen, werden sanktioniert.⁶³
- **Solidarhaftung konsequent durchsetzen:** Hauptunternehmen haften für Arbeitsrechtsverstösse ihrer Subunternehmen und Zulieferer – entlang der gesamten Wertschöpfungskette
- **Schutz gewerkschaftlicher Mitarbeitender:** vgl. 3.2

3.8 Inklusion: Gute Arbeit wirklich für alle

Position:

Gute Arbeit für alle bedeutet: für alle. Menschen mit Behinderungen, ältere Arbeitnehmende, Migrant:innen und Menschen mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien sind überproportional von Ausgrenzung, Prekarität und Benachteiligung betroffen. Inklusion ist keine Sozialmassnahme – sie ist eine Frage der Grundrechte und der gesellschaftlichen Teilhabe. Die folgenden Forderungen orientieren sich am Inklusionspapier der SP Schweiz und ergänzen dessen Grundsätze im arbeitsmarktpolitischen Kontext.⁶⁴

Kernforderungen:

- **Erster Arbeitsmarkt statt Sonderstrukturen:** Menschen mit Beeinträchtigungen gehören in den ersten Arbeitsmarkt – nicht in Sonderwerkstätten und Beschäftigungsprogramme, die sie vom regulären Erwerbsleben fernhalten. Arbeitgebende erhalten gezielte Unterstützung und Anreize für inklusive Beschäftigung
- **Inklusions-Versicherung statt IV:** Sozialversicherungen nach Bedarf statt Marktlogik; faire Verfahren ohne faktische Beweislastumkehr zu Lasten der Antragstellenden
- **Inklusive Bildung als Voraussetzung für inklusive Arbeit:** Inklusive Bildungsinstitutionen stärken, ausreichend finanzieren und mit Fachpersonal ausstatten. Inklusion darf keine Sparübung sein
- **Schutz vor Altersdiskriminierung:** Keine Altersgrenzen in Stellenausschreibungen; stärkerer Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende; Wiedereingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose ab 55 Jahren
- **Flexibles Rentenalter nach unten:** Wer in körperlich belastenden Berufen gearbeitet hat, geht früher in Rente – ohne Abzüge
- **Integrationsfonds für Langzeitarbeitslose:** Gezielte staatliche Programme für Menschen ohne Chance auf eigenständigen Wiedereinstieg

⁶³ Vgl. ILO-Übereinkommen Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht.

⁶⁴ Vgl. SP Schweiz, Inklusionspapier: <https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/05/Nichts-ueber-uns-ohne-uns-Inklusion-jetzt-2025.pdf>

-
- **Recht auf Arbeit für alle Migrant:innen:** Keine Arbeitsverbote aufgrund des Aufenthaltsstatus; gezielte Förderung der Arbeitsmarktintegration; konsequente Bekämpfung von Diskriminierung bei der Stellenbesetzung

3.9 Altersvorsorge und Abbau repressiver Massnahmen

Position:

Das soziale Netz der Schweiz ist lückenhaft und auf ein Normalarbeitsverhältnis zugeschnitten, das immer weniger Menschen entspricht. Scheinselbständige, echte Selbständige, Plattformarbeitende, Teilzeitbeschäftigte und Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien fallen durch die Maschen. Gleichzeitig enthält die Arbeitslosenversicherung repressive Elemente, die Betroffene unter Druck setzen, statt ihnen eine echte Brücke zurück in gute Arbeit zu bauen. Das muss sich ändern.

Kernforderungen:

- **Repressive Massnahmen aus ALV und Sozialhilfe entfernen:** Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe sind keine Disziplinar- und Dressurinstrumente. Übermässige Sanktionen, willkürliche Kontrollmechanismen und restriktive Zumutbarkeitsregeln, die Betroffene in schlechte Arbeit zwingen, statt gute Arbeit zu ermöglichen, sind abzuschaffen. ALV und Sozialhilfe müssen ihrer eigentlichen Funktion gerecht werden: Menschen in einer schwierigen Lage zu unterstützen und ihnen den Weg zurück in gute, sinnhafte Arbeit zu ebnen – nicht sie zu bestrafen
- **Keine Lohneinbussen bei Krankheit:** Der Lohnersatz bei Krankheit ist auf 100 Prozent des Bruttolohns anzuheben; Karenztage sind abzuschaffen.
- **Selbständige und Plattformarbeitende absichern:** Alle Erwerbstätigen – unabhängig von ihrer Beschäftigungsform – sind obligatorisch in der Sozialversicherung zu versichern. Die Beitragspflicht für Plattformunternehmen ist gesetzlich zu verankern
- **Rentenreform:** Finanzierung der 13. AHV-Rente sicherstellen; Betreuungsgutschriften in der zweiten Säule einführen (vgl. 3.5). Bei der Reform der Hinterlassenenleistungen ist eine Anhebung des Ehepaarplafonds nicht auf Kosten verwitweter Personen und ihrer Kinder zu erkaufen
- **Überbrückungsleistungen ausbauen:** Wer im fortgeschrittenen Alter – bereits vor 60 – den Arbeitsplatz verliert und keine neue Stelle findet, hat Anspruch auf Überbrückungsleistungen bis zum Rentenalter. Die Alterslimite ist zu senken und die heutigen hohen Zugangshürden – strenge Mindestbeitragsjahre, tiefe Vermögensschwellen, lange Wartefristen – sind spürbar abzubauen, damit die ÜL ihre Funktion als würdevolle Alternative zur Sozialhilfe tatsächlich erfüllen kann.

3.10 Soziale Globalisierung: Menschenwürdige Arbeit in der Welt

Position:

Gute Arbeit ist keine nationale Angelegenheit. Globale Lieferketten verbinden die

Arbeitsbedingungen in der Schweiz mit jenen in Ländern des Globalen Südens. Solange dort Löhne gedrückt, Gewerkschaften verboten und Umweltstandards ignoriert werden, steht das unter globalem Wettbewerbsdruck auch hiesigen Arbeitsstandards entgegen. Die SP setzt sich für eine soziale Globalisierung ein – eine Globalisierung, die auf der Stärkung von Arbeitsrechten weltweit basiert, nicht auf deren Unterlaufung.

Kernforderungen:

- **Verbindliches Lieferkettengesetz:** Schweizer Unternehmen haften für Menschenrechts- und Umweltverstösse in ihren globalen Lieferketten. Die Sorgfaltspflicht gilt für alle grundlegenden Arbeitsrechte – nicht nur Kinderarbeit –, mit ziviler Haftung, unabhängiger Kontrollbehörde und Offenlegungspflicht für Zulieferer.
- **Faire Handelsabkommen:** Jedes neue Freihandelsabkommen enthält ein verbindliches Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung mit Beschwerdemechanismus für die Zivilgesellschaft; die ILO-Kernarbeitsnormen sind unteilbar. Zusätzlich führt die Schweiz – analog zur EU – ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit ein.
- **Gute Arbeit als Vergabekriterium:** Bund, Kantone und Gemeinden vergeben öffentliche Aufträge nach dem wirtschaftlich günstigsten statt dem billigsten Angebot; die IAO-Grundprinzipien gelten auch für im Ausland erbrachte Leistungen.
- **Menschenwürdige Arbeit als IZA-Priorität:** Die internationale Zusammenarbeit stärkt gezielt Arbeitnehmer:innenrechte statt nur Beschäftigung zu fördern; keine Mittel für Länder, die die Vereinigungsfreiheit unterdrücken.
- **Faire Besteuerung und globaler Gewerkschaftsschutz:** Die globale Mindeststeuer wird konsequent umgesetzt und Steuervermeidung bekämpft; die Schweiz setzt sich international aktiv für den Schutz gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit ein.

3.11 Öffentliche Investitionen für gute Arbeit

Position:

Gute Arbeit entsteht nicht von selbst. Sie braucht einen Staat, der investiert: in Bildung, Pflege, Infrastruktur, ökologische Transformation und einen Service public, der als verantwortungsvoller Arbeitgeber Standards setzt. Die Mittel dafür sind vorhanden, wenn politisch entschieden wird, **sie in gute Arbeit statt in Aufrüstung und Steuererleichterungen für Vermögende zu investieren.**

Kernforderungen:

- **Investitionsoffensive:** Massive Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Pflege, Wohnungsbau, öffentlichen Verkehr und ökologische Infrastruktur – finanziert durch eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und Kapital
- **Service public stärken:** Öffentliche Betriebe und staatsnahe Unternehmen zahlen Mindestlöhne, haben volle GAV-Abdeckung und setzen Standards für gute Arbeitsbedingungen – statt im Wettbewerb nach unten mitzumachen

-
- **Grüne Industriepolitik und gute Arbeitsplätze:** Der ökologische Umbau der Wirtschaft schafft europaweit Millionen neuer Arbeitsplätze – in erneuerbarer Energie, Gebäudesanierung, öffentlichem Verkehr, Kreislaufwirtschaft; auch in der Schweiz entstehen dadurch Zehntausende neue Stellen. Diese Transformation muss aktiv gestaltet werden: mit staatlichen Investitionen, Ausbildungsoffensiven und sozialen Abfederungen für Beschäftigte in Branchen im Wandel
 - **Wohnungsbauoffensive:** Der Staat – Bund, Kantone und Gemeinden – baut und finanziert gemeinnützigen Wohnungsbau; das Angebot an günstigem Wohnraum wird substanziell ausgebaut
 - **Steuergerechtigkeit als Investitionsgrundlage:** Kapitalgewinne angemessen besteuern; Erbschaften ab einer bestimmten Grösse progressiv belasten; Steuerprivilegien für Grossvermögen abbauen – die dadurch gewonnenen Mittel fliessen in Löhne, Bildung, Pflege und öffentliche Infrastruktur

4 FAZIT

Der 8-Stunden-Tag, die AHV, der bezahlte Urlaub, der Kündigungsschutz: Nichts davon war ein Geschenk. Alles wurde erkämpft, gegen denselben Widerstand, der sich heute erneut gegen gute Arbeit stellt. Wer die Prämienentlastung bekämpft, den Mieterschutz schwächt, Löhne drückt und gleichzeitig Steuergeschenke für Vermögende verteidigt, hat jedes Recht verwirkt, sich als Anwalt der arbeitenden Bevölkerung aufzuspielen.

Die politische Rechte verwandelt die Angst, die ihre eigene Politik erzeugt, in Ressentiment. Wir verwandeln sie in Organisation. Wo Erschöpfung zur Resignation führen soll, setzen wir auf Solidarität. Wo Prekarität spalten soll, schaffen wir Gegenmacht.

Gute Arbeit für alle entsteht nicht durch Marktvertrauen. Sie entsteht durch politischen Kampf, im Parlament, in den Betrieben, auf der Strasse und in den Köpfen. Die Geschichte zeigt: Immer dann, wenn Lohnabhängige sich organisiert, zusammengeschlossen und ihre Interessen kollektiv vertreten haben, hat sich etwas verändert. Der 8-Stunden-Tag, die AHV, der bezahlte Urlaub, der Kündigungsschutz – nichts davon war ein Geschenk. Alles davon wurde erkämpft. **Und keiner dieser Siege war das Ende der Geschichte, sondern jeweils ein neuer Ausgangspunkt:** Was in einer Generation erkämpft wurde, musste die nächste verteidigen und weiterentwickeln. Genau in dieser Tradition steht auch unsere langfristige Vision einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die nicht mehr dem Verwertungs- und Renditezwang untergeordnet ist, sondern demokratischer Selbstbestimmung folgt.

Ob eine Gesellschaft wirklich gut ist, zeigt sich nicht an ihren Börsenkursen. Es zeigt sich daran, wie es jenen geht, die ihre Arbeit verrichten, ihre Kinder grossziehen, ihre Eltern pflegen und ihre Gemeinschaft am Leben erhalten, oft ohne dass irgendjemand fragt, wie es ihnen dabei geht.

Das ist der Massstab der SP Schweiz. Und das ist der Massstab guter Arbeit. **Diesen Massstab wollen wir nicht nur innerhalb der bestehenden Ordnung durchsetzen, langfristig**

stellen wir die Ordnung selbst infrage, die Menschen dem Rendite- statt dem Lebensinteresse unterordnet.